

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mt. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Zeile 40 Pfg. Telefon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen & sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Weniger das eigene „Ich“.

Ich! Wie vieler Menschen Gedanken drehen sich einzig um das kleine Wörtchen „Ich“. Ihr Handeln wird davon diktiert. Ob die Tat, die das „Ich“ zur Geltung bringen soll, erlaubt oder ungerecht, kommt nicht in Betracht. Die Selbstsucht macht brutal. Sie hat die modernen Ich-Menschen, die Egoisten herangebildet. Rücksichtnahme auf andere ist ihnen überwundener Standpunkt. Mitleid erscheint ihnen als Schwäche. Über die anderen gehen sie. Kalt-lächelnd sehen sie herab auf die durch ihr Empordringen Erdrückten, Bertretenen, auf das vernichtete larme Glück.

Traurige Irrungen des menschlichen Geistes. Wie sind sie möglich? Die Welt ist zum großen Teile den Lehren des Christentums ent Fremdet. Das Gebot: „Du sollst Deinen Nächsten lieben, wie dich selbst“, ist ihr ein Rätsel, etwas Unverständenes, Unfaßbares, Ueberflüssiges.

In uns aber muß dieses Gebot, wenn das Christentum lebendig in uns ist, alle die sozialen Tugenden zu höchster Entfaltung bringen. „Du sollst Deinen Nächsten lieben, wie dich selbst“, heißt das nicht den Lebenden, den Bedrängten helfen, die Beklommen tröstend aufrechten, den Leidenden Bude- rung bringen, für die Bedrückten eintreten, eintreten mit Einsegnung und Hintansetzung des eigenen „Ich“! Mit einem Wort: „Solidarität“.

Würden wir uns alle besser mehr erinnern, so wäre eine Ansammlung von Schwierigkeiten, die die Aufwärtsbewegung der Arbeiter und Arbeiterinnen hemmen, überwunden; wir verständen besser, was unsere Zeit von dem einzelnen fordert; wir wüßten, daß für die Verwirklichung der christlichen Grund- sätze die Mitarbeit jedes einzelnen notwendig ist.

Die sozialdemokratische Sehe gegen die christlichen Gewerkschaften anlässlich der Reichsfinanzreform II. (Schluß.)

Der Mehrbedarf des Deutschen Reiches an Ein- nahmen ist hauptsächlich verursacht durch seine stei- genden Militär-, Marine- und Kolonialausgaben. Man braucht kein Schwärmer für Militär und Marine zu sein — ich bin es bestimmt nicht — kann manche hurtulose Ausgaben in Heer und Marine ver- urteilen und kommt trotzdem an der Tatsache nicht vorbei, daß Deutschland eine starke Wehrmacht ge- braucht zu Wasser und zu Lande. Auch in den außer- europäischen Gebieten braucht Deutschland Stütz- punkte für seinen internationalen Handel und Ab- satzgebiete für die heimischen Industrieprodukte in Form von Kolonien, wie auch auf die Dauer von dort Rohstoffe für die Industrie beschafft werden müssen.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse eines Landes sind hauptsächlich bedingt durch dessen politische Machtverhältnisse.

Es hat eine Zeit gegeben, wo selbst das kleine Holland den deutschen Handelsschiffen an der Rheinmündung die erdenklichsten Schwierigkeiten machte. Heute seitdem Deutschland erstarkt ist, ist das anders. Vor der Caprivischen Handelsverträgen von 1898 hatte Deutschland, obwohl 14 Millionen Einwohner weni- ger wie heute, eine bedeutend größere Auswan- derung wie gegenwärtig; viele Deutschen mußten im Ausland Erwerb suchen. Heute ist das Entgegenge- setzte der Fall; heute werden bei normaler Wir- tschaftslage in Deutschland Hunderttausende Auslän- der beschäftigt. Bei einem Lande, das seine Bevöl- kerung nicht ernähren kann, ist ein andauerndes wirt- schaftliches Aufsteigen der Lohnarbeiterklasse eine bare Unmöglichkeit. Heute beziehen die bei gewerbligen Unfallversicherung unterstehenden Personen eine jährliche Lohnsumme von rund 8 1/2 Milliarden Mark. Das wäre ausgeschlossen, trotz Gewerkschaftsbeweg- ung, wenn nicht die deutsche Volkswirtschaft immer- lich gefestigt, und der deutsche Außenhandel im letzten

Jahrzehnt eine so glückliche Entwicklung aufzuweisen hätte. An dessen ruhiger Weiterentwicklung sind die deutschen Lohnarbeiter auf das allerlebhafteste inter- essiert. Die Sozialdemokratie würde sicher blaue Wunder erleben, wenn sie heute in Deutschland zu politischer Macht gelangen würde und nach den Grundsätzen verfahren wollte, die sie seither die Massen gelehrt. Internationale Friedensverträge sind ganz ideal; trotzdem werden sie noch lange Zeit, wenn nicht für immer, an der Wirklichkeit scheitern. Ob es jemals dahin kommen wird, daß Amerikaner, Engländer, Franzosen, Deutsche, Russen, Japanesen, Chinesen usw. „ein einzig Volk von Brüdern“ werden, steht dahin. Unsere gegenwärtige Generation erlebt es zweifellos nicht. Bis jetzt hat die nationale Sozialdemokratie nicht einmal dem Nationalitätenhader in Oesterreich wesentlich Ab- bruch zu tun vermocht. Deutschland wird also im nächsten Menschenalter im Interesse der Selbsterhal- tung einer starken Wehrmacht nicht entraten können. Und wenn diese notwendig ist, müssen auch die Mittel dafür beschafft werden.

Die große Frage ist damit selbstverständlich nicht beantwortet, ob bei der letzten Reichsfinanz- reform die Steuerverteilung eine gerechte war. Dar- über kann man sehr gut geteilter Ansicht sein. Auch hier eine Vorbemerkung: Die bürgerlichen Parteien haben sich in dieser Frage gegenseitig nicht das mindeste vorzuwerfen. An der Steuergestaltung waren alle bürgerlichen Parteien beteiligt, und die Tatsache kann nicht aus der Welt diskutiert werden, daß die Parteien, die anfänglich die Steuern machen wollten, was deren soziale Seite anbelangt — und darauf kommt es uns Arbeitern doch hauptsächlich an —, das Steuerbüßel den breiten Massen nicht wohlriechender serviert hätten, als die Parteien, die sich bei der endgültigen Verabschiedung zu- sammenfanden. Wenn also auch liberale und frei- sinnige Zeitungen gegen die christlichen Arbeiter- abgeordneten losziehen, so macht dies keinen Ein- druck. Daraus spricht höchstens parteipolitische Ver- ängerung, die mit dem sozialen Gebiet nichts zu tun hat. Als Arbeiter wäre es uns zweifellos am liebsten gewesen, wenn die ganzen Steuern auf die besitzenden Klassen abgewälzt worden wären.

Mit schönen Wünschen werden indes keine Steuern gemacht.

denn Steuern zahlt niemand gern. Hier kommt es auf den politischen Einfluß an, über den die ein- zelnen Gruppen verfügen. Und dieser ist für die deutsche Lohnarbeiterklasse der denkbar geringste. Die christliche Arbeiterbewegung allein ist in großen poli- tischen Fragen als bestimmender oder wesentlich beeinflussender Gesetzgebungsfaktor noch nicht stark genug, die Sozialdemokratie dagegen stellt sich durch ihre doktrinaire Politik außerhalb des Gegenwarts- staates. Den rechtgläubigen sozialistischen Stand- punkt vertretend, schrieb die Leipziger Volkszeitung (Nr. 213):

„Zeit wann haben wir denn dem bestehenden System Geldmittel zu schaffen? Die Sozialdemokratie hat gar kein Interesse daran, daß die Finanzreform zustande kommt. Sie hat im Gegenteil alles Interesse daran, daß sie nicht zustande kommt, daß der Finanzammer chronisch wird. Schließlich ist eine herartige Verweigerung der Ein- nahmen nur eine Konsequenz der Verweigerung der Aus- gaben, wie sie durch den Nürnberger Beschluß erst im vorigen Jahre als der Wille der Partei ausgesprochen worden ist.“

Daß 1908/09 neue Einnahmen für das Reich notwendig waren, ist von keiner, auch von sozial- demokratischer Seite nicht bestritten worden. Wenn aber die Sozialdemokratie als angebliche „Arbeiter- partei“ „alles Interesse daran hat“, daß die Reichs- finanzreform „nicht zustande kommt“, dann ist es logisch und selbstverständlich, daß jede Regierung dieses Gesetzgebungswerk hauptsächlich mit Ver- tretern anderer Interessengruppen machen muß. Ist es dann ein Wunder, wenn die Arbeiterinteressen schließlich dabei zu kurz kommen? Wer zur gegebe- nen Stunde nicht auf den Boden der Möglichkeit mitarbeitet, sondern in Wortenwänschen phan-

tasiert, hat sich aber das Recht verwirkt, nach- träglich über den Inhalt von Gesetzen zu rason- nieren.

Ja, noch mehr; die sozialdemokratische Partei hat bei der Verabschiedung der Reichsfinanzreform mit den Arbeiterinteressen ein

frivolos Spiel getrieben.

Die sozialdemokratische Fraktionspolitik, insbesondere die des sogenannten revisionistischen Flügels, drehte sich bei der Verabschiedung der Reichsfinanzreform, wie auf dem Leipziger Parteitage deutlich ausge- sprochen wurde, lediglich um die Frage: Wie erzielen wir eine Reichstagsauflösung? Was ob damit den Interessen der Arbeiter, die zu vertreten die Sozial- demokratie vorgibt, gebient wäre! Nicht im ent- ferntesten! Das Gegenteil wäre eingetreten! Die 500 Millionen Mark neuer Steuern hätten von einem etwa neu gewählten Reichstag genau so bewilligt werden müssen, wie von dem alten. Und die Sozial- demokratie hätte, infolge der von ihr betriebenen „grundfählichen“ Politik, selbst bei einem Mandat- zuwachs im neugewählten Reichstage ebensowenig zu sagen, wie im alten. Sie verfügte 1898 über 66 Sitze und hatte auf den Gang der Gesetzgebung keinen Einfluß, schnellte 1903 auf 81 Sitze empor, ohne daß sich die „Welt gewendet“ hat, wie der Vorwärts damals am Wahltag frohlockend ausrief, und als sie 1907 wieder auf 43 Sitze zurückgeworfen wurde, ist die Tagespolitik wenig ungestört ihren Weg weiter gegangen. Eine Reichstagsauflösung hätte also das Zustandekommen der Reichsfinanz- reform nur um ein Jahr verzögert. Und die Folge wäre gewesen, daß das gegenwärtig so darnieder- liegende deutsche Wirtschaftsleben um ein weiteres Jahr in seiner Konsolidierung gehemmt worden wäre und der den Arbeitern dadurch verursachte Verdienstausfall mindestens eine um ein Mehr- faches betragende Höhe ausgemacht hätte, als die jetzt auf sie entfallenden neuen Steuern, welche die Sozialdemokratie doch nicht hätte abwenden können. Mit sozialdemokratischen Agitationserfolgen kann sich die Arbeiterchaft in der Gegenwart kein Brot kaufen. Darüber sagt natürlich die sozialdemokra- tische Agitation nichts; an Stelle von sachlichen Gründen arbeitet man mit der verwerflichsten Strei- kellosigkeit und unübertrefflicher Verlogenheit. In Nr. 229 der Rheinischen Zeitung vom 2. Oktober befindet sich ein Bericht von einer Transportarbeiter- versammlung, nach dem der Referent ausgeführt hat: „Durch die vom Reichstag, durch den Schwärz- blauen Bloch beschlossenen neuen Steuern werde eine fünfköpfige Familie um etwa 100 Mark jährlich mehr belastet.“

Wie steht es damit in Wahrheit?

Die Steuern betragen: Biersteuer 100 Millionen oder pro Liter 2 Pfg., Branntweinsteuer 50 Mill. oder pro Liter 15 Pfg., Tabaksteuer 45 Millionen oder pro 5-Pfg.-Zigarre 1/2 Pfg., Kaffee und Tee 37 Millionen oder pro Pfund ungerahmten Kaffee 10 Pfg., Blaubholzsteuer 23 Millionen oder pro Schächtelchen 1 1/2 Pfg., zusammen 285 Millionen. An der Schaumweinsteuer 5 Millionen, der Glück- körpersteuer 20 Millionen, der Wertzuwachs-, Salon-, Wechsel-, Effektensteuer usw., 110 Millionen, parti- zipieren die Arbeiter nicht.

Die Zahl der Familien beträgt in Deutschland 14 1/2 Millionen, darunter etwa 4 1/2 Millionen Arbeit- terfamilien. Wenn auf die Familie 100 Mark Steuern entfielen, müßten sonach 1450 Mill. Verbrauchssteuern gemacht worden sein; bewilligt wurden 285 Millionen um 100 Mark zu den neuen Steuern beizutragen, müßte eine Familie mindestens 1500 Liter Bier und mehrere Hektoliter Schnaps konsumieren. Und solche „Eäuferfamilien“ bilden in Deutschland Gott sei Dank nicht den Durchschnitt. Wie teuer man dem Leben älteren Tag heißt es dann in derselben Rheinischen Zeitung: „Die Steuern auf die notwen- digen Lebensmittel könnten wir nicht so leicht ab- inälzen, dagegen sei es uns möglich, die Steuern auf Genussmittel, als da sind: Bier, Branntwein und Tabak, durch Enthaltensamkeit zu umgehen.“ Steuer

